



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

SOZIALABGABEN

Lohnabgaben senken Warum die Mehrwertsteuer eine bessere Finanzgrundlage für die Sozialversicherungen wäre

In der Finanz- und Wirtschaftskrise gewinnt eine alte Forderung neue Aktualität: Die Sozialversicherungen in Deutschland müssen auf eine neue Finanzierungsgrundlage gestellt werden. Nicht mehr über Lohnabgaben, sondern aus allgemeinen Steuermitteln müssen sie künftig finanziert werden.

Mit den über Lohnabgaben finanzierten Sozialversicherungen hat man in Deutschland eine zweite Umverteilungsmaschinerie aufgebaut, die parallel neben dem steuerfinanzierten Sozialsystem für Gerechtigkeit sorgen soll. Ausgerechnet der Faktor Arbeit trägt über die Lohnnebenkosten die Hauptlast der Alters-, der Kranken- und der Pflegeversicherung. Alle, die viel verdienen, verbeamtet oder selbstständig sind, werden ebenso wenig zur Kasse gebeten wie die Maschinen- oder die Kapitalerträge.

Gerade diese einseitige Belastung des Faktors Arbeit macht es besonders für Geringverdienende so schwierig, neben den abgabebefreiten Robotern, Maschinen oder Schwarzarbeitern bestehen zu können. Das ist weder sozial gerecht noch ökonomisch effizient. Es ist nichts mehr als eine Strafabgabe auf legale Arbeit.

Die hohen Sozialabgaben sind für viele Niedrigverdienende ein Chancenkiller für (legale) Beschäftigung. Sie machen Arbeit runde 40 Prozent teurer. Dramatisch

ist, dass es für diese Sonderabgabe anders als bei der Einkommensteuer keine Freibeträge gibt. Vom ersten legal verdienten Euro an, schlägt sie mit dem vollen und gleich bleibenden Abgabesatz zu.

In den guten Jahren der Hochkonjunktur nach dem Sommermärchen von 2006 ist die Schwäche der Sozialversicherungen in den Hintergrund gerückt, weil sich die Beschäftigungslage massiv verbessert hatte. Viele – auch Geringqualifizierte – fanden einen Job, aller hohen Lohnnebenkosten zum Trotz. Hinter diesem erfreulichen Faktum verschwanden die negativen Beschäftigungseffekte der Sozialabgaben aus dem Rampenlicht. Die Folgen der Finanzmarktkrise werden sie mit Brutalität auf die wirtschaftspolitische Bühne zurückholen. Denn auch wenn die Arbeitslosigkeit nur schleichend nach oben geht: Im Bereich der Geringqualifizierten werden die Chancen auf eine Vollzeitbeschäftigung in den nächsten Jahren deutlich geringer.

Das hat auch damit zu tun, dass durch die Krise der Strukturwandel beschleunigt wird. Daran werden auch alle strukturerhaltenden Maßnahmen der Konjunkturprogramme oder die aus dem Ruder laufenden Staatshilfen nichts ändern.

Je schneller der Strukturwandel und je schlechter die Beschäftigungsaussichten im Niedriglohnsektor werden, umso dramatischer wird sich die Sonderabgabe auf

Arbeit als Chancentöter für Geringqualifizierte zurückmelden. Dazu wird kommen, dass die demografische Schrumpfung und Alterung der Erwerbsbevölkerung ihren Tribut einfordern wird. Die Kranken- und Pflegeversicherungen werden genauso wie die Rentenversicherung spüren, wie sehr die steigende Zahl älterer Menschen zunehmende Kosten verursachen werden. Schritt für Schritt werden bei sinkender Zahl der Einzahlenden die Sozialabgaben von heute rund 40 Prozent nach oben gehen müssen. Es sei denn, es kommt durch die Hintertür zu höheren Zuschüssen aus der Staatskasse.

Sinnvoller wäre es, die Lohnabgaben von allen sozialen Komponenten zu befreien, nach rein versicherungsmathematischen Regeln zu berechnen und von allen Mitgliedern bezahlen zu lassen. Die sozialpolitische Komponente sollte in Form staatlicher Zuschüsse nur jenen zugute kommen, die selber nicht in der Lage sind, den Versicherungsbeitrag zu bezahlen. Zwangsläufig müssten diese Zuschüsse nicht über Lohnabgaben, sondern aus den Steuern zu finanzieren sein. Wenn es um Solidarität und Gerechtigkeit geht, darf es nicht sein, dass ausgerechnet die Besserverdienenden, Beamten und Selbstständigen außen vorbleiben und nur die schlechter Verdien-

nenden zur Kasse gebeten werden, so wie es der Fall ist, wenn man Gerechtigkeitsziele über Lohnabgaben statt Steuern finanziert.

Gerade in der Konjunkturkrise sollte man die Lohnabgaben senken und dafür die Mehrwertsteuer anheben. Denn in diesen schwierigen Tagen droht die Wirtschaftspolitik jede langfristige Perspektive zu verlieren. Der kurzfristigen Rettung von Arbeitsplätzen wegen werden langfristige Folgekosten ausgeblendet. Als Ergebnis wird die Finanzmarktkrise die Probleme des heutigen Sozialwesens dramatisch verschärfen.

Das zeigt bereits ein Blick auf die Staatsverschuldung. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Nettoneuverschuldung weit über 200 Milliarden Euro betragen. Die Staatsschuld wird mehr als 1850 Milliarden Euro erreichen und von 66 Prozent des Bruttoinlandproduktes im letzten Jahr auf 79 Prozent im nächsten Jahr hoch schnellen. Glaubt da wirklich jemand, diese dramatische Verschlechterung der Haushaltslage ließe sich durch kosmetisches Drehen an den Steuerschrauben und den Staatsausgaben nachhaltig korrigieren? Das ist reine Vogel-Strauß-Politik. An der so banalen wie richtigen Gleichung, dass die

Schulden von heute die Steuern von morgen sind, ändert die Krise nichts.

In einem Wahljahr wird man eine große Steuerreform nicht mehr anschieben können. Und auch danach wird man sich noch eine Weile schwer tun. Realistischerweise wird es zu einem Mix von erhöhten Steuern und verringerten Staatsausgaben kommen. Schlechtestenfalls wird die Mischung um das schleichende, politisch aber so süße Gift der Inflation ergänzt. Wenn aber schon Steuern erhöht werden sollen, ist es sinnvoller, die indirekte Mehrwertsteuer anstatt die direkten Einkommens- oder Unternehmenssteuern oder gar die Sozialabgaben zu erhöhen.

Wird eine Mehrwertsteuererhöhung für 2011 heute angekündigt, dürfte es 2010 zu vorgezogenen Anschaffungen von Fahrzeugen, Möbeln oder elektronischen Geräten kommen. Gelingt es, so die Binnen-nachfrage zu stärken und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen, spart der Staat Geld, das sonst für die Unterstützung neuer Arbeitsloser einzusetzen wäre – und er sichert sich die Steuereinnahmen der weiterhin Beschäftigten.

Dieser Beitrag ist am 3. Juni 2009 in „Die Welt“ erschienen.